



## **Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr**

### **9. Sitzung (öffentlich)**

10. Januar 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:05 Uhr

Vorsitz: Dieter Hilser (SPD)

Protokoll: Thilo Rörtgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>5</b>
<b>1 Dringliche Frage</b>	<b>6</b>
Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung nach der Entscheidung der Stadt Köln, mit der Mühlheimer Brücke eine weitere Rheinquerung für Lastwagen ab einem Gewicht von mehr 30 t zu sperren?	
– Beantwortung durch Minister Michael Groschek (MBWSV).	6
– Aussprache	7
<b>2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013)</b>	<b>8</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung	

Drucksache 16/1400 Vorlage 16/409	
– Einführungsbericht des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr zum Einzelplan 09	
– Einführung durch Minister Michael Groschek (MBWSV).	8
– Verständnisfragen	13
<b>3 Mittelbewilligung für das Wohnraumförderprogramm 2012</b>	<b>17</b>
Vorlage 16/448	
– Bericht des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr	
– Bericht durch Minister Michael Groschek (MBWSV).	17
– Aussprache	17
<b>4 Eckwerte der Wohnraumförderung 2013</b>	<b>23</b>
Vorlage 16/495	
– Bericht des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr	
– Aussprache	23
<b>5 Studentischer Wohnraum in Nordrhein-Westfalen</b>	<b>28</b>
Vorlage 16/447	
– Beratung	28
<b>6 Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung</b>	<b>29</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1624	

Der **Ausschuss** beschließt die Durchführung einer Anhörung.

- 7 Landesstraßenbauprogramm 2013 30**  
Vorlage 16/496  
– Herstellung des Benehmens gemäß Vereinbarung der Fraktionen  
– Bericht durch Minister Michael Groschek (MBWSV). 30  
– Aussprache 30  
Der **Ausschuss** stellt einstimmig das Benehmen her.
- 8 Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes in Nordrhein-Westfalen 34**  
Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/127  
Ausschussprotokoll 16/78  
– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen  
Der **Ausschuss** beschließt, den Gesetzentwurf ohne Votum  
an den federführenden Umweltausschuss abzugeben.
- 9 Ermittlung der Grundlagendaten zur transparenten Darlegung von  
Finanzierungsstrukturen im öffentlichen Nahverkehr im Vergleich  
zum individualmotorisierten Verkehr in NRW 36**  
Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/1258 (Neudruck)  
– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen  
Der **Ausschuss** beschließt die Durchführung einer Anhö-  
rung.
- 10 Nahverkehr in Nordrhein-Westfalen ausbauen – Fernverkehr verbes-  
sern 37**  
Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/1474  
– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der **Ausschuss** beschließt die Durchführung einer Anhörung.

<b>11</b>	<b>Jährlich verausgabte Mittel im Bundesfernstraßenbau von 1999 bis 2011</b>	<b>38</b>
	Vorlage 16/404	
	– Bericht des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr	
	– Beratung	38
<b>12</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>39</b>

\* \* \*

## 8 Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/127

Ausschussprotokoll 16/78

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

**Vorsitzender Dieter Hilser** teilt mit, dass das Protokoll über die gemeinsame öffentliche Anhörung vorliege.

**Hubertus Fehring (CDU)** führt aus, die CO<sub>2</sub>-Belastung durch NRW sei relativ gering, nämlich weltweit 1 %. Von daher erschließe sich ihm nicht, wie NRW mit einem Gesetz dazu beitragen wolle, dass das Klima in Deutschland, in Europa, in der Welt besser werde. Es sei auch müßig, darüber im Einzelnen zu diskutieren. Ihn verwundere, dass die SPD diesem grünen Gesetzentwurf hinterherlaufe, weil die SPD doch eigentlich Industrie und Arbeitsplätze im Blick haben müsse. Nach Auffassung seiner Fraktion sei dieses Gesetz völlig unnötig. Von daher werde man es ablehnen.

**Jochen Ott (SPD)** schlägt vor, den Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben. Die Koalitionsfraktionen hätten selbstverständlich die in der Anhörung gemachten Vorschläge reflektiert und beabsichtigten, das eine oder andere noch einzubringen. Dies habe allerdings bis heute noch nicht fertiggestellt werden können. Von daher werde man die Änderungen in den federführenden Umweltausschuss einbringen.

**Arndt Klocke (GRÜNE)** schließt sich dem Vorschlag des Abgeordneten Ott an. Er habe der Presse entnommen, dass die noch amtierende schwarz-gelbe Landesregierung in Niedersachsen eine Woche vor der Landtagswahl ein Klimaschutzgesetz der Presse vorstelle, was sich in den Eckpunkten an dem Gesetzentwurf von Nordrhein-Westfalen orientiere. Vor dem Hintergrund der Auffassung des Abgeordneten Fehring, dass Bundesländer nicht zu einer Verbesserung des Klimas beitragen könnten, frage er sich, warum dann kurz vor der Landtagswahl die niedersächsische Landesregierung einen solchen Vorstoß unternehme.

Was den CO<sub>2</sub>-Ausstoß und die sonstigen Emissionswerte angehe, sei Nordrhein-Westfalen bundesweit Spitzenreiter. Von daher halte er das Gesetz für notwendig.

**Oliver Bayer (PIRATEN)** sagt, seine Fraktion sehe etliche Kritikpunkte an dem Gesetzentwurf. Diese würden im Umweltausschuss eingebracht. Dem Gesetzentwurf könne man aber zustimmen, da das Gesetz zu einer Verbesserung führen werde.

**Christof Rasche (FDP)** sagt, die Kritikpunkte seiner Fraktion seien bekannt. Diese würden im federführenden Ausschuss und vor allem in der zweiten Beratung im Plenum behandelt.

Er sei damit einverstanden, den Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

Der **Ausschuss** beschließt, den Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Umweltausschuss abzugeben.